

Clemens Knobloch

Vom Menschenrecht zur Markenware: Bildungsprivatisierung

Vortrag Halle 23.11.06

1. Vorab

Während die privatwirtschaftliche Kolonisierung des Bildungswesens an Schulen und Hochschulen ständig an Tempo gewinnt, liegen die Betroffenen allenthalben in einer tiefen Duldungsstarre. Punktuelle Gegenwehr (etwa an den Hochschulen gegen Studiengebühren) fällt rasch wieder in sich zusammen. Offenbar ist die Gelegenheit günstig für die Akteure der neoliberalen Bildungsprivatisierer. Je prekärer die beruflichen und ökonomischen Perspektiven breiter Schichten werden, desto besser verkaufen sich „Bildungsreformen“. Eine „gute Ausbildung“ scheint die einzige Rückversicherung gegen die Wechselfälle des globalen Arbeitsmarktes zu sein. Und selbst die durchweg berechtigte Kritik am Zustand des öffentlichen Bildungswesens ist Wasser auf den neoliberalen Mühlen. Durch die mediale Dauerberieselung ist die Öffentlichkeit längst eingenordet. Jede Schreckensmeldung über eine öffentliche Schule ist automatisch kostenlose Werbung für private Bildungseinrichtungen. Was der Öffentlichkeit als „Reform“ und Verbesserung des öffentlichen Systems verkauft wird, das ist dessen radikale Umwälzung. Als Strohalm für (wirklich oder vermeintlich) abstiegsbedrohte Schichten wird private und marktförmige Bildung zum „Angebot, das man nicht ablehnen kann“. Und **diese** Angebote machen Verkäufer naturgemäß am liebsten. Wenn der Kunde kaufen **muss**, ist er in ihrer Hand.

Die Kolonisierung öffentlicher Bildungseinrichtungen ist Teil einer viel breiteren Offensive zur Kommodifizierung, zur Vermarktlichung jedweder Form des „Wissens“. Die offiziöse Parole von der „Wissensgesellschaft“ bereitet uns darauf vor, dass wir künftig auch für all das bezahlen sollen, was in unseren Kopf gelangt, weil es im Zweifel gleichfalls „Privatbesitz“ ist.

Es wäre leichtfertig, in der Bildungsrevolution, die sich unter unseren Augen vollzieht, lediglich so etwas wie einen *roll back* zu sehen. Die Rückführung demokratischer Kontrolle an Schule und Hochschule ist beileibe nicht alles. Was da implementiert wird, ist ein veritabler Systembruch, etwas völlig Neues, vergleichbar vielleicht mit der „Ursprünglichen Akkumulation“ in der Herausbildung des industriellen Kapitalismus.

Wie ein jeder solcher Systembruch vollzieht sich auch die Kolonisierung des Bildungswesens (unter den Bedingungen massendemokratischer Herrschaft) parallel auf zwei Ebenen:

- in der Implementierung und Institutionalisierung neuer Macht- und Kontrollstrukturen an den Einrichtungen und
- in der flankierenden Etablierung resonanzfähiger Deutungsmuster und zustimmungsfähiger Leitbegriffe qua Medienmacht in der Öffentlichkeit.

Über diese beiden „Fronten“ in der Kolonialisierung der öffentlich organisierten und verantworteten Bildung möchte ich einige Beobachtungen vortragen.

2. Enteignung der Allgemeinheit und Entdemokratisierung der Bildungseinrichtungen

Wettbewerb ist immer gut. Wettbewerb, mehr Wettbewerb, löst alle Probleme. Ganz besonders im Bildungswesen, das – wie wir auf allen Kanälen lautstark vernehmen – unter der Last staatlicher Überregulierung zusammenbricht. Zu denken gibt freilich, dass es die bösen Zwingherren selbst sind, die uns die Freiheit bringen. Offenbar als eine Art Wiedergutmachung. Jahrzehntelang hat der Staat die Bildungseinrichtungen zu ihrem Schaden gegängelt. Jetzt endlich entlässt er sie vermöge besserer Einsicht in die Freiheit.

„Hochschulfreiheitsgesetz“, so heißt das neue Regelwerk für die Hochschulen in NRW tatsächlich. „Qualitätsmanagement,

Wettbewerbsfähigkeit, Profilbildung“ sind die Imperative dieser neuen Freiheit. Mit demokratischer Selbstverwaltung ist so viel „Freiheit“ offenbar nicht zu vereinbaren. Darum erleben wir allenthalben, nicht nur in NRW, die zügige Entmachtung der Steuerungsorgane, die auf demokratischen Wahlen derjenigen beruhen, die die Universität SIND: Studierende und Lehrende.

Es braucht keine prophetischen Gaben, um die neuen und wahrhaft eisernen Zwänge auszumachen, unter denen die solchermaßen „freigesetzten“ Hochschulen operieren werden. Es sind die Zwänge eines Marktakteurs, der gleichwohl in allen Fasern von öffentlichen Zuschüssen abhängig bleibt. Ändern wird sich also lediglich die Form, in der die Zwänge sich bemerkbar machen. Wer heute ein Fach, eine Fakultät, eine Hochschule schließt, der hat sich für diese Entscheidung politisch zu verantworten. Schon morgen werden alle Strukturentscheidungen die Form von Sachzwängen und ökonomischen Imperativen annehmen und nicht mehr als politische Machtentscheidungen erkennbar sein. Solange eine Bildungsinstitution politisch verantwortet und demokratisch geleitet wird, ist es ein Skandal, wenn externe Geldgeber über Forschungsthemen und Ausbildungsinhalte bestimmen. Schon morgen wird das eine Selbstverständlichkeit sein – im Zeichen von „Wettbewerb, Qualitätsmanagement und Profilbildung“.

Die „Freiheit“ des Hochschulfreiheitsgesetzes ist in erster Linie die Freiheit der politisch Verantwortlichen von der Verantwortung für die Hochschulen – und sonst nichts. Was über Jahrzehnte mit öffentlichen Mitteln aufgebaut wurde, ist nun Gegenstand einer kalten Selbstenteignung. Und eine Universität den Steuerungsmechanismen des so genannten „Marktes“ auszuliefern, heißt nichts anderes als die Selbststeuerung von Wissenschaft und Bildung gewaltsam außer Kraft zu setzen. Was uns die neuen Hochschulgesetze der Länder kommunizieren (das „Hochschulfreiheitsgesetz“ spricht hier nur besonders deutlich), heißt also im Klartext: Schluss mit der Eigenlogik von Wissenschaft, Forschung und Fachausbildung unter öffentlicher Verantwortung. Und: Schluss mit der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen. Aus der öffentlichen Verantwortung entlassen, fallen die Hochschulen (und mit ihnen die

öffentlichen Mittel ihrer Finanzierung) den jeweils stärksten und kompaktesten Marktkräften in ihrer Umgebung anheim.

Das geschieht über die Repräsentation der „Gesellschaft“ (sprich: Wirtschaft) in den Hochschulräten, über die Entmachtung der Kollegialorgane und vor allem über das Durchreichen der chronischen Unterfinanzierung an die Hochschulen selbst, die sich nun zusätzliche Geldquellen beschaffen müssen.

Mit andren Worten: die „freigesetzten“ Hochschulen werden in Zukunft gezwungen sein, dafür Sorge zu tragen, dass das von ihnen produzierte und vermittelte Wissen vermarktbar ist. Die Wissensproduktion wird der Marktsteuerung unterworfen. Der Sinn der traditionellen akademischen Freiheit von Forschung und Lehre bestand aber gerade darin, einem ökonomischen Zwang dieser Art nicht direkt unterworfen zu sein.¹ Diese neue Fundamentalsteuerung wird sich überall geltend machen, in der Forschung und Lehre ohnehin, aber auch in der Berufungspolitik, wo die ökonomisch lukrativen Kontakte der Professoren zu Geldgebern die fachliche Leistung bereits jetzt überwuchern und künftig zu entscheidenden Berufungskriterien mutieren werden.

Die kritische Reflexionsfunktion der Hochschule – so alt wie diese selbst – wird sich unter der fundamentalistischen Herrschaft ökonomischer Imperative nicht einmal in Nischen halten können.

Man muss sich deutlich machen, was „Privatisierung“ in diesem Zusammenhang bedeutet. Nirgends auf der Welt kann man eine Hochschule so als Privatunternehmen betreiben wie eine Frittenbude oder einen Konzern. Es braucht nicht die Erfahrungen von Witten/Herdecke oder die der IUB, um zu sehen, dass eine „Privatuniversität“ viel mehr Zuschüsse pro Student braucht als eine öffentliche, um sinnvoll betrieben werden zu können.

Witten/Herdecke hat, seit es die Hochschule gibt, ein Vielfaches von dem an öffentlichen Mitteln verbraucht, was den restlichen Hochschulen des Landes zugestanden worden ist. Die nicht einmal

¹ Es wäre natürlich naiv zu glauben, dass sich die Ökonomie nicht auch bisher in den Inhalten der Forschung und Lehre zur Geltung gebracht habe, neu ist aber der unbedingte und fundamentalistische Sinn, in dem diese Strukturen jetzt bundesweit implementiert werden.

1000 Studierenden der „International University Bremen“ haben den Steuerzahler 100 Millionen Euro gekostet, obwohl die Institution bis zu 20.000 Euro jährliche Studiengebühren erhebt. Umgerechnet auf eine öffentliche Hochschule mit 20 000 Studierenden wäre das ein Milliardenetat. „Privatisierung“ heißt: Lenkung der für die Hochschulen eingesetzten Mittel (gleich, wo sie herkommen) durch die Logik der Kapitalverwertung. „Jacobs´ Krönung“ titelte die SZ neulich, als bekannt wurde, dass der Kaffeemagnat 200 Millionen Euro für lockermacht, um die IUB vor dem Konkurs zu bewahren, auf den sie trotz der gewaltigen Steuersummen zusteuerte. Aber auch der Steuerzahler zahlt weiter für die Universitäten. Nur: die von ihm Gewählten sind nicht mehr für das verantwortlich, was in den Universitäten passiert. Oder?

Zum geheimen Lehrplan der „Universitätsreform“ gehört die Dualisierung von Forschung und Lehre. Hochwertige und forschungsnahe Ausbildung, das bisherige Markenzeichen der deutschen Universitäten, wird es künftig nur noch bei wenigen high-end-Universitäten geben. Und einstweilen steuert der eskalierende „Wettbewerb“ um knapper werdende öffentliche und private Mittel den Weg dorthin. Am unteren Ende der neuen Hochschullandschaft etablieren sich bereits jetzt hoch bürokratisierte Massenstudiengänge mit einem Lehr-, Prüfungs-, Evaluations- und Bürokratieaufwand, der schon den leisesten Gedanken an Forschung vollkommen illusorisch macht.

Die Einführung teurer und durchbürokratisierter Kurzstudiengänge ist ein „Krieg gegen die Intelligenz“, gegen die Intelligenz der Lehrenden wie gegen die der Studierenden. Beiden wird bescheinigt, dass sie für eine akademische Ausbildung, die diesen Namen verdient, zu blöd sind. Vorlesungen, die aus Interesse besucht werden, kann und soll es nicht mehr geben. Wo kämen wir hin, wenn ein Student selbst entscheiden würde, was er lernen will? Jede Veranstaltung ist eine Pflichtveranstaltung und wird nach „workload“ und Kreditpunkten minutiös abgerechnet. Das erzeugt den Anschein von Gleichheit und Gerechtigkeit, bedeutet aber in der Praxis nur, dass die Verhältnisse für alle gleich schlecht sind.

Die allenthalben ins Kraut schießenden „Kompetenzzentren“ oder „Zentren für Schlüsselqualifikationen“ oder „berufsbezogenen Studien“ gehören ebenfalls zum „Krieg gegen die Intelligenz“. Natürlich ist es nützlich zu lernen, wie man eine Präsentation aufbaut oder einen Zeitungsartikel schreibt. Aber muss das an der Universität gelehrt werden? Oft nehmen diese „soft skills“ in sechssemestrigen Kurzstudiengängen ein Drittel des verfügbaren Raumes ein. Rechnet man mit ein, dass der Master bestenfalls für 20 % eines Unijahrganges vorgesehen ist, dann haben wir es mit einer gigantischen Dequalifizierungsoffensive zu tun.

Der „Krieg gegen die Intelligenz“ ist ein Kolonialkrieg, ein Feldzug zur inneren Kolonisierung von Bildung und Wissenschaft. Er besteht aus den Komponenten der ökonomisch-marktförmigen Regulation und der semantischen Enteignung und Unterwerfung.

3. „Wer den Schaden hat,“ – „Autonomie“ als Versprechen und „Profilbildung“ als Realität:

An der Universität Mannheim soll gerade hinter der Fahne der „Profilbildung“ die philosophische Fakultät geschleift und den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zugeschlagen werden (SZ vom 13.11.06, S. 16). Kein Mensch will privatwirtschaftlich betriebene Hochschulen. Vielmehr werden allenthalben ökonomische Macht- und Steuerungsverhältnisse bei fortdauernder öffentlicher Finanzierung etabliert. In Mannheim hat die Firma SAP ein paar Millionen für eine neue Bibliothek und für die Renovierung der Uni lockergemacht. Der dortige Universitätsrat, dessen Vorsitzender Clemens Börsig heißt und zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank ist, hat denn auch sinnigerweise die entscheidende Sitzung des Universitätsrates gleich in den Räumen der Deutschen Bank abhalten lassen. Rektor Arndt, der diese Variante von „Profilbildung“ vorantreibt, ist übrigens zugleich Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es handelt sich also nicht um Machenschaften einzelner Parteien, sondern um die übliche Große Koalition der Willigen. Das sind die Konstellationen,

mit denen wir es an den Hochschulen zu tun haben werden in den nächsten Jahren.

Das Geheimnis der privaten Aneignung öffentlicher Bildungsmittel liegt hinter dem Zauberwort „leistungsbezogene Mittelvergabe“ verborgen. In eine verständliche Sprache übersetzt, bedeutet dieses Prinzip folgendes: Die „Leistung“, die bei Universitäten, Fachbereichen und Professoren mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln belohnt wird, besteht in der Einwerbung privater Drittmittel. Wer dafür sorgen kann, dass diese privaten Mittel reichlich fließen, der bekommt die öffentlichen Mittel gratis als Zugabe. Und darin liegt die ganze Selbstenteignung: die öffentlichen Mittel fließen künftig im Wissenschaftssystem den privaten hinterher, und wo keine privaten Mittel eingeworben werden können (sprich: wo kein privater Gewinn, und sei es nur Prestigegewinn, winkt), da werden über kurz oder lang auch keine öffentlichen mehr fließen. Das Ergebnis heißt dann „Profilbildung“ und ist nicht nur das Ende der Universität, wie wir sie kennen, sondern auch die vollständige Bankrotterklärung einer jeden staatlichen Hochschulpolitik, die nur ein Euphemismus ist für unconditioned surrender, für die Übergabe des Steuerrades an das wirtschaftliche Interesse.

Die Rhetorik von „Freiheit“, „Autonomie“, „Wettbewerb“ und „Leistung“, unter der die schöne neue Bildungswelt verkauft wird, hat, wie schon oft notiert wurde, Orwellsche Züge. Bei näherer Betrachtung gleicht die neue „Freiheit“ verzweifelt der Freiheit, die Hannah Arendt einst als „Hasenfreiheit zu Zeiten der Jagd“ apostrophiert hat. Aber diese Erkenntnis reicht nicht, um zu verstehen, wie die Orwellsche Bildungswelt öffentlich funktioniert.

Sie besteht (hier spricht jetzt der Sprachwissenschaftler) aus hochgradig imperativen Fahnenwörtern, gegen die man öffentlich nicht auftreten kann, ohne sich selbst von vornherein zu disqualifizieren. Sagen Sie mal etwas gegen „Leistung“, „Autonomie“ oder „Wettbewerb“. Das alles ist so unbedingt *gut*, dass es jeder rationalen Debatte entzogen ist. Während sich die Öffentlichkeit über ein paar Anglizismen aufregt oder das „Unwort des Jahres“ kürt, kommt die geballte und gleichgeschaltete Medienmacht zum Einsatz

bei der Umdefinition aller zustimmungsfähigen Wertwörter. Zur materiellen Enteignung all dessen, was im Bildungswesen öffentlich und mit Steuermitteln aufgebaut worden ist, tritt die semantische Enteignung, die es den Unterworfenen unmöglich macht, sich öffentlich zur Wehr zu setzen.

Die Sozialpflichtigkeit des großen Eigentums? Das ist ein Verfassungsgrundsatz und die öffentliche Zustimmung, die er genießt, ist nachweislich enorm. Also kehrt der Ausdruck wieder und bedeutet nunmehr das Gegenteil. Nunmehr führt die Bertelsmann Stiftung die „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ im eigenen Wappen und interpretiert sie als Recht des Kapitals zur aktiven Gestaltung der öffentlichen und bislang demokratisch kontrollierten Angelegenheiten ganz auf eigene Faust. Die Kampagne zur Kommodifizierung jeden Wissens läuft öffentlich als „Schutz des geistigen Eigentums“ – und schon gehören Ihnen nicht einmal mehr die Wörter, mit denen Sie sich zu wehren versuchen. Die etwas eigenwillige Deutung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums als Einschränkung der Demokratie und außerdemokratische Gestaltungsmacht des Kapitals ist inzwischen über den Richter Papier auch am Bundesverfassungsgerecht vertreten. Sollte jetzt jemand so keck sein und die „Sozialpflichtigkeit“ des Eigentums gegenüber der Öffentlichkeit einfordern, so lässt sich vorhersagen, was passiert. „Ich bin schon da!“ werden die Stiftungen rufen, die unter dem Schutz der „Gemeinnützigkeit“ private Macht- und Wirtschaftsinteressen verfolgen.

Sie erinnern sich vielleicht an die Passage in „Alice im Wunderland“, wo Alice sich aufregt, es könne doch nicht einfach jeder bestimmen, was ein Wort heißen soll:

„Aber ‘Glocke’ heißt doch gar nicht ein >einmalig schlagender Beweis<“, wandte Alice ein. „Wenn *ich* ein Wort gebrauche“, sagte Goggelmoggel in recht hochmütigem Ton, „dann heißt es genau, was ich für richtig halte – nicht mehr und nicht weniger“. „Es fragt sich nur“, sagte Alice, „ob man ein Wort einfach etwas anderes heißen lassen kann“. „Es fragt sich nur“, sagte Goggelmoggel, „wer der Stärkere ist, weiter nichts“.

4. Akkreditierung – Evaluation – Ranking - Hochschulrat – Drittmittel: normalistische Steuerung

Die „freien“ Hochschulen sind – das werden Sie gemerkt haben – einem ganz neuen Regiment von Disziplinierungsinstrumenten unterworfen. Evaluateure, Akkreditierungsagenturen, Rankings, prominent, aber unsachkundig besetzte Hochschulräte, alle diese „gesellschaftlichen Kräfte“ werden künftig darüber bestimmen, was geforscht und gelehrt wird, was zur „Profilbildung“ der Fächer und Einrichtungen erforderlich ist.

Wer in diesem Konzert keine Stimme mehr haben wird, ist gleichfalls bereits klar: die Studierenden und die Lehrenden. Die äußere Form des Marktes lässt sich mühelos einsetzen, um zwischen diesen beiden Gruppen, die die Universität SIND, einen Keil zu treiben. Das bringt die Beteiligten in die Situation paradoxer, sich wechselseitig ausschließender Handlungsdirektiven, die wir gleich als essentiell für moderne Machtkommunikation kennen lernen werden. Es ist beinahe witzig, dass man an den Hochschulen die Anbieter-Kunde-Beziehung gleich nach beiden Seiten implementieren will. Einmal ist der Student Kunde, weil er marktfähiges Wissen von den Lehrern kaufen will. Dann ist er aber auch das „Angebot“, aus dem sich die Universitäten gewissermaßen die Schnäppchen heraussuchen sollen. Umgekehrt treten die Lehrenden dann auch einmal als „Anbieter“ von Wissen und zum anderen auch als „Nachfrager“ geeigneter Studenten auf. Der Wettbewerb der Hochschulen verteilt dann Studierende wie Lehrende gleichermaßen nach ihrer Markt- und Markenmacht. Als Nachfrager muss der Student etwas fordern für sein Geld, als Nachgefragter wird er darauf achten müssen, dass er „ankommt“ und verkäuflich ist, dass er eine „gute Figur“ macht. Was will man mehr? Aus diesem *double bind* gibt es kaum einen gangbaren Ausweg.

Weiterhin gehört zur Unterwerfung der Bildungseinrichtungen der bürokratische Dauerreigen von rankings. Evaluationen und Akkreditierungen. Während das traditionelle Wissenschaftssystem

sich über die fachliche Reputation der Mitglieder und den fachlichen Erfolg des Nachwuchses kontrolliert, erhalten die Bildungseinrichtungen nunmehr ein System, in dem fachliche Steuerungen nicht vorgesehen sind. Versteht sich, dass das als Zugewinn an „Objektivität“ öffentlich zirkulieren wird – und das alte System heißt jetzt „Seilschaften“ und Vetternwirtschaft.

Im Wust der Anträge, Berichte und Selbstauskünfte ist als erstes das sprichwörtliche Selbstbewusstsein des akademischen Personals untergegangen. Wer täglich nach seinem Rang und seinen Evaluationsergebnissen befragt wird, der ist – Beamter hin und öffentlicher Dienst her – auf dem permanenten Laufband des neoliberalen Fitnessstudios angekommen, das wegen seiner bürokratischen Engmaschigkeit sinnigerweise unter dem Fahnenwort „Deregulierung“ bekannt ist. Die treffend als „Invasion der Kennziffern“ (so Horst Bethge über die Schulpolitik der Bertelsmann Stiftung) bezeichnete Steuermethode überschwemmt die Institution, die übernommen werden soll, mit einem Ausmaß an Verdatungsanforderungen, das die gesamte Institution bindet und so beinahe von selbst dafür sorgt, dass diese ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann.

Es kommt am Ende gar nicht darauf an, auf welchen Plätzen die einzelne Institution, das einzelne Fach etc. landet. Die öffentliche Existenz einer Rangordnung allein garantiert dafür, dass es einen unteren Rand gibt, der von Schließung bedroht ist, und einen oberen Rand, der strampeln muss, um seinen geldwerten Spitzenplatz zu erhalten. Der heimliche Lehrplan hält hier für alle die gleiche Lektion bereit. Sie lautet: Rette sich, wer kann. Nur wer am Spiel der allgemeinen Kannibalisierung bedingungslos teilnimmt, bekommt die einzige Chance, und die besteht im Misserfolg der anderen. Damit auch diese Struktur sich nahtlos in das System paradoxer Handlungsmaximen einpasst, sind Forscher, Fächer und Hochschulen zugleich immer gehalten, Netzwerke und Zusammenschlüsse zu bilden. Die „feindliche Übernahme“ ist auch im Bildungssystem nur noch eine Frage der Zeit.

5. Die Akteure: Netzwerke aus Politik und Wirtschaft, und die Spinne im Netz ist immer die Bertelsmann Stiftung

Alle sind sich darüber einig, dass es in der Schul- und Hochschulpolitik der Länder und des Bundes nur einen kompakten und konzeptiven politisch-ökonomischen Akteur gibt, und das ist die Bertelsmann Stiftung. Diese Stiftung ist eine Konstruktion, die den global an der Spitze agierenden Medienkonzern zugleich als Steuerzahler aus- und als politisches Megasubjekt einschaltet. Im Gewande des vorbildlichen Bürgersinnes (für den stehen schließlich „Stiftungen“) bereitet sich ein Großkonzern den Boden einer kommodifizierten Bildungslandschaft, auf dem er später seine Waren um so besser absetzen können. Aber es wäre entschieden zu kurz gegriffen, in der Bertelsmann Stiftung nur ein besonders trickreiches ökonomisches Subjekt zu mutmaßen. Die Bertelsmann Stiftung ist viel mehr, sie hat nicht nur Zeitungen und Sender, sie hat auch eine Sendung. Und das ist die administrative und ideologische Durchdringung der Gesellschaft. Ob es die Studiengebühren sind oder die „leistungsbezogenen“ Mittel, die Entstaatlichung der Hochschulen oder die „Profilbildung“, die „Hochschulräte“ oder die Eingangsprüfungen für Studenten – Sie werden beim besten Willen keine bildungspolitische Maßnahme finden, die nicht von der Stiftung propagiert, politisch platziert, implementiert und ideologisch abgesichert worden wäre.

Das CHE ist eine „public-private-partnership“ aus der Hochschulrektorenkonferenz und der Stiftung. Die 1994 gegründete Institution verkauft sich als hochschulpolitischer *think tank*, ist aber eine hoch organisierte Einflussagentur. Alle Inhalte des NRW-„Hochschulfreiheitsgesetzes“ entsprechen bis ins Detail der Formulierung Anforderungen, die CHE und Stiftung seit langem erheben. Durch die Nachforschungen des Berliner Soziologen Oliver Schöller wissen wir, wie die Bündnisstrategen des CHE das Spektrum der hochschulpolitisch tätigen Stiftungen bis hin zur gewerkschaftlichen Böcklerstiftung und zur bündnisgrünen Böllstiftung auf (Neoliberale) Linie gebracht haben.

Die Stiftung wurde 1977 zwecks Steuervermeidung gegründet. Bis heute spart sie dem größten Medienkonzern Europas (Jahresumsatz 20 Milliarden Euro) mehr Steuern, als sie selbst jährlich verausgabt. Einmalig ist die rechtliche Konstruktion, in der die Stiftung als Eigentümerin des Konzerns fungiert. In den USA, die uns ja in Sachen Stiftung immer als Vorbild vorgehalten werden, wäre eine solche Konstruktion rechtlich nicht möglich. Dort darf eine Stiftung maximal 20% eines Unternehmens besitzen.

Wer in der vorigen Woche in die Zeitungen schaute, der konnte dort lesen, dass im Namen der Stiftung nicht nur Bildungspolitik gemacht wird. Sie betreibt auch publikumswirksam eine („schlanke“ und weitgehend privatisierte) Kommunalverwaltung und entwickelt (in Gestalt des CAP-Chefs Weidenmann) das Konzept einer (vermeintlich die europäische Identität fördernden) gemeinsamen europäischen Militärpolitik. So trägt die „gute Regierung“ der Bertelsmann Stiftung dazu bei, dass sich die Grenzen zwischen Staatstätigkeit und privatem Lobbyismus für die Wahrnehmung der Öffentlichkeit verwischen. Es wächst die Zahl der Agenturen und Institute, denen es nicht auf der Stirn geschrieben steht, in wessen Interesse sie agieren. Und was als „Bürgerinitiative“ oder think tank die öffentliche Bühne betritt, das entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als verlängerter Arm globaler Konzerne.

Die Bertelsmann Stiftung ist mit ihren weit ausgreifenden Aktivitäten ein Symptom dafür, dass sich die politischen Machtverhältnisse weltweit umgekehrt haben. An die Stelle einer demokratischen Kontrolle über großer Markt- und Medienmacht ist nunmehr die Kontrolle der Demokratie durch einen global agierenden Medienkonzern getreten – im Namen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, versteht sich.

6. Die Implementierung: Konsensfiktionen und paradoxe Direktiven

Erklärungsbedürftig ist der Umstand, dass alle klagen über die vollkommene Chaotisierung der Universitäten, die absehbar mit den

weiter wachsenden Studentenzahlen noch zunehmen wird. Sie kennen vielleicht das Gedicht von Ernst Jandl:

Keiner schließlich hat es gewollt
Jeder schließlich hat es getan
Das hört sich an wie eine Lüge und ist es auch
(Ernst Jandl)

Sie können fragen, wen Sie wollen. Keiner mag das Spiel, und doch spielen alle mit. Alle, Lehrende und Studierende stöhnen auf dem endlosen Laufband neoliberaler „Reformen“, das ständig ein wenig schneller läuft. Als Sprach- und Kommunikationswissenschaftler muss ich mich natürlich dafür interessieren, wie man in der gesellschaftlichen Machtkommunikation ein Programm erfolgreich implementieren kann, das die Mehrheit ablehnt, ohne dabei auf massiven Widerstand zu stoßen.

7. Drei Antworten: semantische Enteignung – paradoxe Direktiven – Konsensfiktionen

„Semantische Enteignung“: *gesellschaftliche Relevanz, Berufsbezug, praxisnah* – die Schlagworte, mit denen die schönen neuen BA-Studiengänge verkauft werden, entsprechen den Forderungen, die Kritiker der Ordinarienuniversität einst an diese gerichtet haben. Die Freiheits- und Emanzipationsformeln von einst kommen als staatliche Direktiven zurück und bleiben darum weitgehend einwandsimmun. Sie bringen die Adressaten in eine Lage, in der sie gegen sich selbst auftreten müssten. Bei den Studierenden rennt man mit diesen Maximen ohnehin offene Türen ein. Mit der zunehmenden Prekarisierung der Lebensverhältnisse und der Schließung beruflicher Langfristperspektiven wird alles zum Selbstläufer, was verspricht, auf den Beruf vorzubereiten. Dabei weiß keiner, wie der in 10 Jahren aussehen wird. Stellen Sie sich – nur als Denkexperiment – vor, die Forderung nach „Berufsbezug“ wäre zu Beginn der 80er Jahre an den Hochschulen umgesetzt worden. Damals wusste noch niemand, dass es 15 Jahre später keinen Arbeitsplatz ohne PC geben würde. Und: Berufsbezug klingt zwar immer gut, aber der einzige Berufsbezug,

den ein Universitätslehrer kennen kann, ist der zur „Wissenschaft als Beruf“. Infolgedessen erhalten die Universitäten im Rahmen der „Berufsvorbereitung“ Aufgaben, auf die sie selbst keineswegs vorbereitet (und für die sie keineswegs kompetenter sind als etwa Volkshochschulen oder Arbeitsagenturen). Und damit sind wir bereits bei der Machttechnik der sich widersprechenden Direktiven. Du hast keine Chance, aber nutze sie, könnte die Parole sein.

„Paradoxe Direktiven“ – Wenn Sie Macht demonstrieren und die Unterworfenen gleichzeitig demütigen wollen, dann müssen Sie sie mit unbedingten Anforderungen konfrontieren, die sich in der Erfüllung wechselseitig ausschließen. Den Höhepunkt bildet hier die so genannte „Zielvereinbarung“. Neben der Direktive in Form eines „Angebotes, das man nicht ablehnen kann“, etabliert die Zielvereinbarung die Fiktion autonomer und gleicher Akteure bzw. Partner. In solchen Papieren erklären Fächer, Fachbereiche oder Hochschulen gegenüber der jeweils höheren Instanz, wie viele Drittmittel, Promotionen oder Absolventen sie im Zeitraum der Vereinbarung hervorbringen werden. Natürlich wissen alle Beteiligten, dass man Drittmittel und Promotionen nicht pflücken kann wie Äpfel. Und dass der verständliche Wunsch, viele erfolgreiche Absolventen hervorzubringen, gelegentlich mit den Qualitätsanforderungen kollidiert, die natürlich ebenfalls eingehalten werden müssen. Wer sich an eine Zielvereinbarung hält, bestraft sich selbst, und wer sich nicht daran hält, bestraft sich ebenfalls selbst. Aber jedenfalls weiß man dann, wer die Macht hat in der schönen freien Universität. Denn das Versprechen der öffentlichen Träger der Bildungseinrichtungen besteht in der Ankündigung verminderter Zahlungen, wenn die „vereinbarten“ Ziele nicht erreicht werden.

Ein zweites (oben bereit skizziertes) Beispiel paradoxer, und damit um so wirksamerer Macht- und Demütigungsstrukturen besteht in der gleich doppelten Einrichtung von Kunde-Anbieter-Beziehungen zwischen Lehrenden und Studierenden.

Ein drittes Beispiel, das ich nur andeuten kann, besteht im Zwang gegenüber den Hochschulen, die Zahl ihrer Studierenden zugleich zu

vergrößern und zu verkleinern. Noch ist die Mittelzuweisung an die Zahl der Studierenden geknüpft. Zu kleine Studiengänge werden rigoros geschlossen. Aber zugleich ist das Überleben einer Hochschule als Forschungsinstitution an die Etablierung exklusiver und guter Betreuungsrelationen in kleinen Studiengängen gebunden. Michael Hartmann hat vorgerechnet, dass es sich für einen Aspiranten auf den Elitestatus eher rechnet, Studenten abzustößeln, selbst unter den Bedingungen von Studiengebühren in der gegenwärtigen Höhe. Was am Ende dieser paradoxen Direktiven stehen wird, ist bereits zu erkennen: Viele teure, schlechte und überlaufene Ausbildungsstätten für die breite Masse der Studierenden und wenige exklusive und forschungsnaher Markenuniversitäten. Die weniger „leistungsfähigen“ unter den Bildungsinstitutionen werden durch permanente Einforderung neuer Qualitätserweise dazu genötigt, auch ihr „Kerngeschäft“ zu vernachlässigen.

Herrschaft durch „Konsensfiktionen“ schließlich – was ist darunter zu verstehen? Nehmen wir ein Beispiel. Die öffentliche Kritik an den Zuständen von Schule und Hochschule ist ein selbstverständliches Recht in demokratischen Gesellschaften. Je erfolgreicher und überzeugender diese Kritik vorgetragen wird, desto eher können dem Publikum auch „schmerzhaftere Reformen“ schmackhaft gemacht werden. Mit einem bewährten Satz einwandsimmuner Wertwörter: *Eigenständigkeit – Qualitätsverbesserung – Wettbewerb* wird eine privatwirtschaftliche Kontrollstruktur implementiert, die als „Lösung“ des Problems erscheint. Qua konzentrierter Medienmacht recyceln private Akteure den öffentlichen Meinungsdiskurs in ihren eigenen Bahnen und in ihrem eigenen Interesse. So entsteht die paradoxe Situation, dass Kritik und anerkannte Missstände tatsächlich zu Waffen undemokratischer Machtzentren wie Bertelsmann werden. Jeder „Skandal“ an einer Schule oder Hochschule lässt das Licht privater und marktförmiger Regulierungen heller leuchten.

Die Gesellschaft hat ein Problem, das öffentlich als solches erkannt wird? Gut – die Stiftung hat eine Lösung und die Macht, sie durchzusetzen.

8. Studiengebühren – ein Umerziehungsprogramm

In der kurrenten Höhe von 500,- Euro pro Semester sind die Studiengebühren ein Mittel der symbolischen Erziehungspolitik, aber kein Mittel der ökonomischen Steuerung. Das können sie erst werden, wenn sie a) sehr viel höher und b) extrem ungleich nach Studienort, Studienrichtung, Prestige der Hochschule etc. berechnet werden. Natürlich werden auch diese Pläne bereits ventiliert. Die Sache ist also mit 500,- Euro keineswegs am Ende.

Vorerst ratifizieren die Studiengebühren das Ende eines jahrzehntelangen öffentlichen Abwehrkampfes durch die komplette Niederlage der Fraktion, die für ein freies, öffentliches und nur der Suche nach wissenschaftlicher Wahrheit verpflichtetes Hochschulsystem eingetreten sind. Dass diese Fraktion bis kürzlich für einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens der Parteien und der Staaten stand, mögen Sie daran erkennen, dass Deutschland einem UN-Sozialpakt 1976 beigetreten ist, in dem sich die Mitgliedsländer verpflichten, ein unentgeltliches Hochschulstudium einzuführen.

Zunächst ist die Funktion der Studiengebühren erzieherisch. Sie sollen lernen, Ihr Studium als Investition und Humankapital zu begreifen, als Grundkapital für Ihre Ich-AG gewissermaßen. Der heimliche Lehrplan besagt: Wenn Sie studieren, treffen Sie eine Investitionsentscheidung, von der Sie erwarten, dass sie sich in ihrer künftigen Berufstätigkeit „auszahlt“. Sie werden sehen: Sobald Sie gelernt haben, die Sache so zu sehen, wird es Ihnen auch einleuchten, dass größere Investitionen (etwa in eine high-end-Markenuniversität) den Investor auch zu größeren Renditeerwartungen im späteren Beruf berechtigen. Sie werden sehen, dass die individuelle Renditeerwartung, sobald sie einmal da ist, Studiengebühren zu einer unumgänglichen Notwendigkeit macht. Gibt es etwas Ungerechteres als eine Rendite ohne vorherige Investition? Und genau das wollen Sie, wenn Sie Studiengebühren nicht wollen.²

² So begründet man die Einführung von Studiengebühren gar mit den Werten der sozialen Gerechtigkeit, was ungefähr so plausibel ist wie die hoch gängige Meinung, Entlassungen müssten erleichtert werden, damit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein kostenfreies Studium ermöglicht jedem einen Abschluss, der die

Nichts ist alberner als die Vorstellung, das Einkommen, das Sie auf dem Arbeitsmarkt erzielen, könnte sich nach dem richten, was Sie in Ihre Universitätsausbildung investiert haben. Auf dem Arbeitsmarkt bekommen Sie, wie auf jedem Markt, so viel, wie der Billigste haben will. Die strukturelle Entkopplung von Ausbildung und Arbeitsentgelt findet vor unseren Augen statt, auf dem „globalisierten“ Arbeitsmarkt. Am Ende werden Sie mit den Gebühren nur die Dequalifizierungsoffensive finanziert haben, der Sie selbst zum Opfer fallen. Man wird Ihnen dann sagen, dass Sie in die falsche Ausbildung investiert haben. Einen Schuldigen werden Sie darüber hinaus nicht mehr finden. Und ein Fach zu studieren, weil man sich dafür interessiert, das wird der Gipfel der Leichtfertigkeit sein, etwas für Millionäre vielleicht.

Die Figur, Studiengebühren dienen der sozialen Gerechtigkeit, weil ja gegenwärtig vor allem die mittleren und höheren Schichten von den steuerfinanzierten Hochschulen profitieren, ist übrigens der Gipfel der Heuchelei. Das Argument kommt von denen, die in den letzten 15 Jahren die Steuerlast der Besserverdienenden um wenigstens 10 Prozentpunkte gesenkt haben. Es wäre ein Leichtes, durch die stärkere Besteuerung der Reichen sicherzustellen, dass auch sie angemessen an der Hochschulfinanzierung beteiligt sind und das Studium gleichwohl für alle Studierfähigen gebührenfrei bleibt..

9. Schluss

Drei Dinge wird es nicht mehr geben nach der Transformation (besser: Revolution), deren Zeugen wir sind, solange wir nicht als Akteure eingreifen, so lange die Öffentlichkeit in allgemeiner Duldungsstarre eingefroren ist:

fachlichen Leistungen erbringt, ein kostenpflichtiges jedem, der dazu noch zahlen kann. Und je mehr er zahlen kann, desto bessere Betreuung kann er kaufen.

1. Demokratische Kontrolle und Verantwortung der universitären Ausbildung und Forschung

2. Die traditionelle Autonomie im Sinne einer fachlichen Festlegung von Lehr- und Forschungsinhalten

3. Das soziale Element einer gleichen, kostenlosen und allgemein zugänglichen höheren Bildung

Absehbar ist auch bereits der nächste große Schritt. Im Namen der Gleichbehandlung und der Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte wird eine öffentlich finanzierte Bildungseinrichtung, ob Schule oder Hochschule, als unzulässige Subvention und als Benachteiligung privater Anbieter auf dem jeweiligen Markt rekodiert werden. Wenn das die Politik und die Öffentlichkeit geschluckt haben, dann wird man ganz offiziell die Forderung erheben können, dass öffentliche Finanzierung der Hochschulen unterbunden wird, oder aber dass diese Förderung der Gerechtigkeit halber in gleichem Umfange auch den privaten Anbietern zugute kommen müsse. Es wird dann bereits eine Frage der „Gerechtigkeit“ und der „Gleichbehandlung“ sein, dass es kein freies, gleiches und öffentliches Bildungswesen mehr geben darf. So weit sind wir einstweilen noch nicht. Aber die ökonomische und semantische Kolonisierung der Gesellschaft geht weiter.

Die Frage, die ich nicht beantworten kann lautet: Warum lassen wir uns das alles gefallen?

10. Literaturhinweise

Barth, Thomas & Schöller, Oliver (2005): Der Lockruf der Stifter. Bertelsmann und die Privatisierung der Bildungspolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2005. S. 1339-1348.

Bröckling, Ulrich et al., Hg. (2004): Glossar der Gegenwart. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Kimmich, Dorothee & Thumfart, Alexander, Hg. (2004): Universität ohne Zukunft?. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Knobloch, Clemens (2006): Vom Menschenrecht zur Markenware. In: FREITAG vom 7. Juli 2006, S. 4.

Lohmann, Ingrid & Rilling, Rainer, Hg. (2002): Die verkaufte Bildung - Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft. Opladen.